

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postkassentz. Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 19/21 — **Telefon 4596**

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. **Werktag-Kolonelleile 7.50 Mk.** — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die „unbewaffnete“ Orgelei.

Berlin, 12. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Es ist der Hamburger Polizei gelungen, in Hamburg in einem Privathaus eine Anzahl Maschinengewehre und große Mengen von Maschinengewehr- und Gewehrmunition zu finden und zu beschlagnahmen. Die Waffen und Munition wurden von auswärts nach Hamburg gebracht und sollten von hier aus nach einem holländischen Ort gebracht und dort verborgen werden, um sie einer Escherichorganisation zu sichern. Die Polizei hat alle an dem verbotenen Waffenschatz und transport beteiligten Personen festgesetzt. Sie sehen ihrer Bestrafung entgegen.
Darauf sind wir gespannt. Wird man sie nicht vorher wieder laufen lassen?

Die Arbeiter sollen zahlen.

Angebot der „Errungenschaften“ der Revolution.
Berlin, 12. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Aus Bremen wird gemeldet: Der Reichsfinanzminister Dr. Wirth wurde in der Handelskammer in Bremen von ihrem Präsidenten begrüßt und führte in einer Ansprache etwa folgendes aus: „Wir gehen nicht zur Londoner Konferenz, um ein Diktat entgegenzunehmen. Große wirtschaftliche Fragen, die das Leben ganzer Völker betreffen, können nicht durch Diktatur gelöst werden. Jetzt hat die Entente ein Milliardenangebot gemacht, aber das Aufstellen von Millionenziffern darf nicht die Sache der Londoner Konferenz sein. Die Forderungen der Entente finden ihre Grenze in der Leistungsfähigkeit Deutschlands. Was nach Abzug der Lebensnotwendigkeiten für unser Volk übrig bleibt, kann zur Wiedergutmachung verwendet werden. Wir werden in London über die Wiedergutmachung Vorschläge machen, und was wir bieten, wird nicht wenig sein.“ Aber mit der Besteuerung haben wir die Grenze unserer Leistungsfähigkeit erreicht. Es muß im Volke der Gedanke durchdringen, daß das, was wir anbieten, erarbeitet werden muß. Wir können es nicht aus dem Volkswort nehmen; ob wir dabei alle Früchte der Revolution wahren können, ist sehr fraglich. Denn was wir anbieten, muß geliebt werden. Welche Wege wir nach London gehen werden, kann niemand sagen. Amerika wird, wenn die Wirtschaftsfragen der Welt verhandelt werden, nicht fernbleiben können.

Die deutsche Regierung verschweigt wichtige Zugeständnisse der Entente?

Paris, 11. Februar. (D. V.) Der Londoner Korrespondent des Temps meldet seinem Blatt telephonisch: Die Haltung Deutschlands während der letzten Tage hat in London den denkbar ungünstigsten Eindruck hervorgerufen. Man ist erstaunt, daß der Schuldner die Forderung stellt, bei der Gläubigerversammlung auf dem Fuße der Gleichberechtigung zu verhandeln. Der diplomatische Mitarbeiter des Daily Telegraph weist darauf hin, daß die deutsche Regierung ihr möglichstes getan habe, dem deutschen Publikum gewisse bedeutsame Zugeständnisse zu verschweigen, die die Alliierten ihr zu machen gedanken, nämlich die Herabsetzung der Besatzungskosten auf 240 Millionen Goldmark jährlich, die Abtretung eines Teils der in den Häfen befindlichen Tonnage an Deutschland, die Annahme des Verzichtes auf das Recht der Beschlagnahme gemäß § 18, Anlage 2, Teil VIII des Friedensvertrages durch alle Verbündeten, sowie endlich die bedingte Zurückerstattung bestimmten konfiszierter deutschen Eigentums aus der Vorkriegszeit. Deutschland kann nicht erwarten, daß die Alliierten für diese Zugeständnisse weiter zu haben sind, wenn es seine gegenwärtige Haltung beibehält.

Sollte sich diese Nachricht bewahrheiten, so stünden wir wieder einmal vor der bedauerlichen Tatsache, daß die deutsche Regierung durch die bei ihr bestehende dummbreite Politik der Fälschungen und Verheimlichungen ihre Position mutwillig verschlechtert, nur um einen möglichst wohlgefügten Entrüstungsturm in der deutschen Öffentlichkeit zu erzielen.

Die angeblichen Zugeständnisse würden ziemlich beträchtlich sein. Was die Besatzungskosten anbelangt, mußte Deutschland bisher einfach alle aufgelaufenen Kosten bezahlen, die sich vom Abschluß des Waffenstillstandes bis Ende September 1920 nach einer Mitteilung der Daily News auf rund 36 Milliarden Papiermark (nach dem heutigen Kurs etwa 3 Milliarden Goldmark) stellen; den Beschlagnahmeverzicht haben bisher nur England und Belgien ausgesprochen — eine Erweiterung auf alle Entente-Staaten würde eine wesentliche Erleichterung für den deutschen Handelsverkehr mit sich bringen; der Wert der beiden andern Zugeständnisse kann erst abgeschätzt werden, wenn nähere Angaben vorliegen.

Es muß abgewartet werden, ob die Mitteilung des Daily Telegraph auf Wahrheit beruht. Sollte dies der Fall sein, dann lände die Sache Deutschlands selbst nach den Vorschlägen der Entente nicht ganz so schlecht, wie es ansahs schien; dann wäre jedenfalls eine Verhandlungsbasis gegeben, auf der in London weitergebaut werden könnte. Denn diese Zugeständnisse

würden den Eindruck verstärken, den man bereits aus den bisher bekanntgewordenen Pariser Beschlüssen gewonnen hat: daß die Entente den Boden des Versailler Friedensvertrages endgültig verlassen will.

Jedenfalls ist von der Reichsregierung zu fordern und ist es ihre Pflicht und Schuldigkeit, sich sofort zu dieser Mitteilung zu äußern und über die angeblichen Zugeständnisse der Entente gründliche Aufklärung zu geben.

Aus der geheimen Ministerkonferenz.

Berlin, 12. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Deutsche Zeitung bringt eine Meldung vom 1. Februar aus Berlin, unter der Überschrift: „Rahes vergebliche Kampf in Berlin.“ Über die Sitzung der Staatsminister und Ministerpräsidenten am verflochtenen Dienstag verlautet aus bestunterrichteter Quelle: Der bayerische Ministerpräsident setzte in eingehender Rede auseinander, daß Bayern auf den Schutz der Einwohnerwehren nicht verzichten könne. Er schilderte, daß besonders die Landbevölkerung durch die viel zu geringe Volkswehr nicht geschützt werden könne und daß diese deshalb selbst zur Nothilfe gezwungen habe, auf die sie nicht verzichten könne. Deshalb trat er auch dafür ein, daß die Entwaffnungsklausel und die Wiedergutmachungsfrage als einheitliches Ganze behandelt werden müßte.
„Rahes Rede war durchaus ruhig und sachlich, doch er predigte lauten Ohren. Die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten traten ihm in schärfster Weise entgegen und um Schluß war es noch der Reichsminister Lehmann selbst, der mit Heftigkeit gegen Herrn v. Raht sprach und die ganzen Verhältnisse einer einseitigen Kritik unterzog.“

Das Ende der Bremer Stadtwehr.

Berlin, 12. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In der gestrigen Sitzung der Bremer Bürgerwehr gab der Präsident eine Mitteilung des Senats bekannt, wonach der Reichskommissar für die Entwaffnung für Bremen angeordnet hat, daß auch der Rest der ablieferungspflichtigen Waffen, der bisher noch mit seiner Zustimmung in Gewahrsam der Stadtwehr verblieben war, bis Ende dieses Monats abgeliefert wird. Der Senat hat Befehl gegeben, daß diese Anordnung termingemäß durchgeführt wird. Weiter hat der Senat im Einverständnis mit dem Reichsminister des Innern für Ende dieses Monats die Aufhebung der einzigen, im Realgymnasium befindlichen Stadtwehr bewilligt, und ferner werden die Angehörigen der Stadtwehr zum gleichen Termin entlassen, soweit nicht die Abwicklung der Geschäfte noch über den 1. März hinaus die Zurückbehaltung einer geringen Anzahl Personen nötig macht.

Die Stadtwehr war bekanntlich eines der Kampfbjekte bei der Volksabstimmung. Damals war sie nach der Versicherung der Reaktionäre für Bremens Bestand ganz unentbehrlich. Jetzt ist die Auflösung möglich. Die Bremer Arbeiter werden hoffentlich bei den bevorstehenden Bürgerwehrwahlen dafür sorgen, daß nicht irgendein Geheimrat für die Bremer Orgelei getroffen werden kann.

Die Arbeit an den deutschen Gegen-vorschlägen.

Berlin, 12. Februar. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Lokal-Anzeiger erfährt, daß der Minister Dr. Simons gestern den Vorsitzenden des wirtschaftspolitischen Ausschusses des vorläufigen Reichswirtschaftsrates, Direktor Hans Kramer, ersucht habe, den Vorschlag in dem deutschen Fünfschneherauschuh zur Vorbereitung der deutschen Gegen-vorschläge in der Reparationsfrage zu übernehmen. Die Ernennung Kramers zum Leiter dieses wichtigen Ausschusses deutet darauf hin, daß die Reichsregierung eine möglichst enge Verbindung dieser Kommission mit dem Reichswirtschaftsrat für erwünscht hält. Der Lokal-Anzeiger erfährt weiter, daß das Plenum des Reichswirtschaftsrates auf den 23. einberufen ist. Voraussetzlich wird am 24. Minister Simons im Reichswirtschaftsrat sich ausführlich zu der Sache äußern. Der Fünfschneherauschuh selbst hält seine wichtigen Sitzungen am 17. und 18. d. M. ab. Inzwischen wird von den Mitgliedern und den Spezialreferenten unter ihnen eifrig an den deutschen Gegen-vorschlägen gearbeitet.

Eine Warnung für Briand.

Paris, 12. Februar. Die Pariser Blätter heben hervor, daß das Vertrauensvotum für Briand eine Warnung sei, nicht mit einem unglücklicheren Ergebnis als demjenigen von Paris aus London zurückzukehren. Der Sturz der Regierung wäre in diesem Falle gewiß und würde sehr unangenehme Folgen nach sich ziehen. Das Parlament habe deutlich gesagt, daß Frankreich die äußerste Grenze seiner Zugeständnisse erreicht habe.

Finnland auf dem Wege zur Demokratie.

Von Karl v. Witt, Helsingfors.
Eines von den kleinen Ländern, deren nationaler, politischer und sozialer Fortschritt durch den russischen Zarismus gehindert wurde, war Finnland. Und deshalb gehört es auch zu denen, die die Zerschmetterung Russlands während des Weltkrieges zur Befreiung vom russischen Joch benutzten.
Um die Wiege der Selbständigkeit aller der von Rußland losgeschiedenen Völker raste der Krieg. Mit Finnland war es ebenso, aber doch nicht ganz ebenso. Denn der Krieg, der im Frühjahr 1918 in Finnland tobte, war ein Bürgerkrieg.

Fürchterlich hatten sich während des Weltkrieges die sozialen Gegensätze in Finnland zuspitzt. Der Zarismus war wohl noch stark genug gewesen, den Sturm zurückzuhalten. Nach seinem Sturz aber brach er los. Die kurzlichtige finnländische Bourgeoisie war nicht fähig, die Zeit zu begreifen und entsprechend zu handeln; die Arbeiter, die ihre Stärke überschätzten, fühlten sich geneigt, ihren Willen mit Gewalt durchzusetzen und wurden hierzu von den russischen Bolschewiki angepörrt.

Von Januar bis Mai 1918 tobte der Bürgerkrieg in Finnland. Das Ausland gab Hilfe: Deutschland den „Weißen“, die Russen den „Roten“. Die deutsche Hilfe war die bei weitem wirksamere. Der Bürgerkrieg endete mit der Niederlage der Arbeiterschaft. Und nun brauste, durch den Krieg entsefelt, durch das Land ein Orkan von reaktionären Leibeskräften, der auch die meisten der wenigen denkenden Individuen unter der Bourgeoisie verschlang. Alle Selbstbeherrschung, jeder Gedanke an die Zukunft schien durch die Nachgrer verflücht zu sein. Die Gesellschaft wurde mit Füssen getreten, die Arbeiter, die an der Arbeiterbewegung einen heroischen Anteil genommen, waren vogelfrei. Ueberhaupt schien die Bourgeoisie zu hoffen, den ganzen Sozialismus für unabsehbare Zeit unterdrücken zu können, und die Arbeiterschaft „in eine Variaklasse zu verwandeln“, wie es ein Mitglied der damaligen Regierung klassisch ausdrückte.

Während die „Pazifizierungsarbeit“ im ganzen Lande weiterging, setzte der Landtag, nunmehr durch die Abwesenheit der sozialdemokratischen Fraktionen auf ungefähr die Hälfte vermindert, seine Arbeit fort. Er machte Ausnahmegeetze, welche die Ausübung der Presse-, und Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit vom Gutdünken der administrativen Behörde abhängig machte, er verschlechterte unter anderem das Gesetz des achtstündigen Arbeitstages, eine der wichtigsten Errungenschaften der vergangenen Zeit. Der finnländische Militarismus, der schon in und durch den Bürgerkrieg geschaffen worden war, wurde unter deutschem Einfluß weiter entwickelt und von den aus lauter „unverfälschten“ bürgerlichen und bäuerlichen Elementen bestehenden, freiwilligen sogenannten Schutzkorps — Finnlands Orgelei — ergänzt.

Aber die reaktionäre Bourgeoisie, die überall die führende Rolle spielte, bezweckte noch weitergehende „Reformen“, die ihre unumschränkte Klassenherrschaft für unabsehbare Zeit sichern sollten. Als Gegengewicht zum allgemeinen Stimmrecht sollte der Landtag durch eine Anzahl von bestimmten Korporationen erwählten Abgeordneten ergänzt, die Befugnisse der Regierung erweitert werden, Finnland sollte tatsächlich unter deutschem Protektorate bleiben und zu diesem Zwecke ein deutscher Fürst zum König von Finnland gewählt werden.

In dem Maße aber, wie diese Absichten an den Tag traten, nahm die Einigkeit unter den Siegern ein Ende. Die Kleinbauernschaft, welche die große Mehrzahl der „weißen“ Armee gebildet und mit Freude die Arbeiter bekämpft hatte, sah jetzt ihre eigenen Klasseninteressen aufs gefährlichste bedroht. Die Bemühungen der Bourgeoisie, durch das An-die-Wand-malen einer neuen „roten“ Gefahr den Klassenhaß zu schüren und dadurch die bürgerlichen Reihen zusammenzuhalten, führten nicht zum Ziel. Im Landtage setzten die heftigsten Debatten ein, und die Versuche, eine monarchische Verfassung durchzusetzen, mißlang. Dessenungeachtet wurde am 9. Oktober 1918 ein deutscher Landgraf zum König von Finnland gewählt. . . Finnland schien fortan an Deutschlands Schicksal geknüpft, verurteilt, ein Glied in der Kette von Vassallenstaaten zu sein, die das kaiserliche Deutschland vom Eismeer bis zum Schwarzen Meer geschaffen hatte.

Die Niederlage der kaiserlichen Armeen hatte jedoch schon begonnen. Sie rettete die Selbständigkeit Finnlands sowie diejenige des Baltikums. In beiden Ländern atmete die Demokratie wieder auf; die Arbeiterschaft unseres Landes, noch zertritten und aus tausend Wunden blutend, sah eine Aussicht zur Rettung und begrüßte mit Begeisterung das junge revolutionäre Deutschland.

In der Politik der finnländischen Nachhader wurde eine Neuorientierung notwendig. Sie wurde in der Außenpolitik in aller Eile durchgeführt; der neugewählte König dankte ab, ehe er noch den Boden Finnlands betreten, und Ende 1918 verließen die v. d. Goltz'schen Truppen Finnland, um noch einige Zeit in Rußland ihr Dasein zu fristen.